

Vorgehen gegen Illegal Ausländer im Land

Premier Chuan Leekpai hat das Innenministerium aufgefordert, gegen Ausländer vorzugehen, die sich illegal in Thailand aufhalten. Nach Angaben aus Polizeikreisen wird die Zahl dieser Ausländer mit 100 - 200.000 Menschen angegeben. Geplant ist insbesondere gegen Chinesen, Burmesen, Laoten und Kambodschaner vorzugehen, die illegal über die Landesgrenzen gekommen sind. Als zweite Gruppe werden Inder, Pakistanis, Ceylonesen und Nepalesen genannt, die mit abgelaufenen Visum im Land sind.

In der Provinz Khorat soll ein ehemaliges Camp für Vietnamesen aus der Zeit des Vietnamkrieges als Sammel- und Lager dienen. Die Errichtung weiterer Lager soll folgen. Die Regierungen der jeweiligen Herkunftsländer sollen dazu gebracht werden, ihre Landsleute wieder zurückzunehmen.

vgl. BP 11.4.93

Chiang Rai: 70 % Prostituierte HIV-positiv

Nach Untersuchungen der Universität von Chiang Rai und der Gesundheitsbehörde der Provinz Chiang Rai/Nordthailand, sind etwa 70 % aller weiblichen Prostituierten HIV-positiv.

Ebenfalls ein Ergebnis der Studie war, daß zwischen 70 und 80 % aller Schülerinnen, in einigen Dörfern sogar 100 %, nach Abschluß der sechs Pflichtschuljahre vorziehen, als Prostituierte zu arbeiten anstatt respektable, aber schlechter bezahlte, reguläre Jobs anzunehmen. Inzwischen sei dies sozial nicht mehr verwerflich, sondern als leichte Arbeit mit hohem Einkommen geschätzt. In einigen Dörfern hätten Vermittler Eltern, deren Töchter in die 4. Klasse gehen, bis zu 200.000 Baht (ca. 14.000 DM) für die Zusage geboten, daß diese nach ihrem Abschluß in Bordellen vor allem in Südthailand arbeiten würden.

vgl. BP 16.4.93

Treffen von Nichtregierungsorganisationen

Am Wochenende des 6.-7. März trafen sich rund 150 Gruppenvertreter von thailändischen Nichtregierungsorganisationen in der Chulalongkorn-Universität in Bangkok. Die Teilnehmer, darunter viele junge Leute, stimmten überein: Es hat sich seit dem Sieg der Demokratiebewegung bereits viel geändert und die Demokratie "bewegt sich" im Land. Aber die neue Regierung will wirtschaftliche, nicht gesellschaftliche Entwicklung.

Auf der Veranstaltung wurde von den Organisationen aus den verschiedenen Provinzen jeweils ein ähnlich kritisches Bild gezeichnet: Zweckentfremdung von Land für den Tourismus, Golfplätze, das Militär oder Schnellstraßen; Umweltbelastungen durch industrielle Landwirtschaft, Verwendung von Pestiziden und Industrieabwässer; Verarmung und schließliche Abwanderung der Kleinbauern wie Fischer wegen ständig fallender Prei-

sen für Tapioka, Reis, Rohrzucker, Kokos, Kautschuk und Fisch; Zerbrechen von dörflichen und familiären Strukturen, mit Kinderarbeit und Prostitution als Folgeerscheinung; kurz, keine Entwicklungschancen für die Mehrheit der ländlichen Bevölkerung, weil die Regierung auf Industrialisierung setzt.

Als diesem Zustand zugrundeliegenden bestehenden Probleme wurden benannt: Ungleiche Verteilung des Eigentums an Grund und Boden; Ausrichtung der Landwirtschaft auf Monokultur und Export; Urbanisierung; kulturelle Entfremdung; keine politische Beteiligung der Bevölkerung aufgrund des stark zentralisierten Staatsapparates. Die Perspektiven bleiben vage und man ist weiterhin auf der Suche nach Alternativen durch die Analyse der Industriekultur, die mit der ländlichen Kultur zu verbinden ist.

eigene Quelle

Forst-Beamter in Ranong ermordet

Anfang April ist erneut ein Forstbeamter ermordet worden, der erfolgreich gegen illegales Abholzen vorgegangen war. Pirasak Adisornprasert war erst im letzten Dezember nach Ranong/Südthailand versetzt worden und hatte das Abholzen von Mangrovenwäldern an der Küste bekämpft. In der Regel ist das Abholzen der erste Schritt für das Anlegen von Garnelen-Farmen. Pirasak hatte bei der Verhaftung von über 50 von 72 illegalen Siedlern und Holzfällern in der Provinz mitgewirkt.

Neu ist dieses Mal jedoch die Verlautbarung aus dem Innenministerium, daß ein hochrangiger Polizist im Ruhestand als Hintermann des Mordes vermutet wird. Offensichtlich handelt es sich dabei um den Polizei-Generalmajor Chin Pothong, der inzwischen rechtliche Schritte wegen Verleumdung ankündigte.

Mitte April wurden die Frau des ehemaligen Chefs der Polizei-Region elf sowie drei weitere vermutliche Mittäter verhaftet, ein paar Tage später beging ein noch aktiver Polizist Selbstmord, der am Rande beteiligt gewesen sein soll.

vgl. BP 9., 11., 18./23.4.93

Angehörige der Opfer des "Schwarzen Mai" verklagen Militär

Obwohl das thailändische Verfassungsgericht im Frühjahr entschieden hat, daß die General(e)Amnestie, die Suchinda vor seinem Rücktritt verkündet hat, rechtskräftig ist, haben die Angehörigen der Opfer des "Schwarzen Mai" angekündigt, Suchinda und die NPKC-Führung zu verklagen. Ein Sprecher der Organisation sagte, daß intensive Beratungen mit führenden Rechtsexperten sie davon überzeugt hätten, trotz der Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes die Militärs zu verklagen. Der Sprecher betonte, daß es dabei nicht um Rache, sondern um Gerechtigkeit gehe. Die Anklagen gegen diejenigen, die den Schießbefehl gegeben haben, würden individuell von den Angehörigen erhoben werden.

vgl. BP 19.4.93

Aktienmanipulationen aufgedeckt

Am 22.4. hat die Börsenaufsichtsbehörde 30 Finanziers wegen betrügerischer Aktienmanipulationen angezeigt. Betroffen sind davon auch wichtige Finanziers politischer

Parteien, jedoch keine Börsenmakler selbst. Die Aktienkurse von vier Firmen sollen manipuliert worden sein und die Börsenaufsicht ist zuversichtlich, daß sie dies auch ausreichend nachweisen kann.

Dies ist die zweite Aktion nach der Verhaftung von "Sia Song", dem Manipulation an dem Aktienkurs einer kleinen Bank vorgeworfen wird. Nach Zeitungsinformationen scheint man in der Finanzwelt erleichtert zu sein, daß damit etwas gegen den miserablen Ruf des Börsenplatzes Bangkok, der als "Spielerparadies" verschrien sein soll, gemacht wurde.

vgl. BP 23.4.93

Neuer Regierungssitz und Satellitenstadt

Alle Ministerien sollen nach Plänen der Regierung in den nächsten 15 Jahren in eine neue Verwaltungshauptstadt in den Unterbezirk Tha Takiab der Provinz Chachoengsao, 120 km östlich von Bangkok, verlegt werden. Sie wird durch eine Schnellzugverbindung mit Bangkok verbunden sein und eine Bevölkerung von weniger als 1 Mio. Menschen haben. Die bisher veranschlagten Kosten liegen bei umgerechnet DM 15,5 Mrd.

Eine Satellitenstadt soll in der Nähe Bangkoks gebaut werden, um die Belastungen der Hauptstadt zu reduzieren. Der Standort ist noch unklar. 300.000 Menschen sollen dort bereits im Jahr 2001 leben können.

vgl. BP 21.4.93, BPW 21.5.93

Aktionen gegen Copyright-Piraten

Rechtzeitig, wie es scheint, hat die Polizei öffentliche Schritte gegen Copyright-Piraten und Hersteller falscher Markenartikel unternommen. Video- und Audio-Cassetten wurden publikumswirksam konfisziert und anschließend verbrannt. Ebenso wurden vier Computershops durchsucht.

Die Aktionen fanden vor dem Hintergrund statt, daß die Deadline einer herannahenden Entscheidung über Strafzölle gegen Thailand durch die US-Regierung, um diese "verlorenen Profite" wertzumachen. Anscheinend hat es die thailändische Lobby in Washington geschafft, auch dieses Mal wieder Schlimmeres abzuwenden: Thailand bleibt auf der "Watch-list", aber von Sanktionen verschont.

vgl. BP 22./23./24.4.93

Sozialversicherungs- gesetz verabschiedet.

Am 6.5. wurde in zweiter und dritter Lesung endlich das bereits 1990 vom Parlament beschlossene, aber vom Senat blockierte, Sozialversicherungs- und Arbeitsgesetz erneut verabschiedet (vgl. SOAL 3/90, S. 38 u. 4/92, S. 40ff) und muß nun wieder die Zustimmung des Senats erhalten. Danach soll ein neues Arbeitsministerium gegründet werden, das die bisher von Abteilungen des Innenministeriums wahrgenommenen Funktionen übernimmt.

Die Einrichtung des neuen Ministeriums und die Zuteilung bestimmter Aufgabenbereiche war im Zusammenhang mit der Vabschiedung des Gesetzes umstritten. Dabei hatte insbesondere der Staatssekretär im Innenministerium, dem bisher diese Aufgabenbereiche unterstanden, sich dagegen gewehrt. Da dieser Mitglied des Senats ist, könnte es erneut zu einer Blockierung des Gesetzesverfahrens kommen.

vgl. BP 8.4.93; BPW 14.5.93

Mutterschaftsurlaub in der Privatwirtschaft

Der Direktor der Abteilung für Arbeitsschutz und -wohl-fahrt im Innenministerium, Prasong Rananand, gab am 7. April bekannt, daß künftig auch die weiblichen Beschäftigten in der Privatwirtschaft Thailands 90 Tage bezahlten Schwangerschaftsurlaub erhalten sollen. Damit wurde nach langwierigen Verhandlungen mit den Arbeitgebern schließlich eine Forderung der thailändischen Gewerkschaften als auch der Frauenorganisationen verwirklicht.

Nach Prasongs Angaben hat Innenminister Chavalit die Anweisung gegeben, per Anordnung aus seinem Ministerium die Arbeitgeber zu verpflichten, bei Schwangerschaft 45 Tage von 90 Tagen bezahlten Urlaub zu gewähren. Bisher waren 30 Tage die Norm. Die restlichen 45 Tage werden aus dem Sozialversicherungsfonds der unter Aufsicht des Innenministeriums steht, bezahlt.

vgl. BP 8.4.93

Gesetz gegen Sex mit Minderjährigen

Sex mit Prostituierten unter 18 Jahren soll ebenso wie der Verkauf von Minderjährigen in die Prostitution durch ihre Eltern als ein kriminelles Delikt eingestuft werden. Nach Angaben aus dem Innenministerium sind das Teile einer Überarbeitung des Gesetzes gegen Prostitution. Einzelne Mitglieder des Ausschusses, der die Überarbeitung durchführt, haben bereits Bedenken angemeldet, da "Sex mit Jugendlichen unter 16 mit oder ohne deren Einverständnis bereits strafbar sei".

Nach der Änderungsvorlage soll Sex mit unter 16jährigen mit 4-20 Jahren Gefängnis und/oder 80-400.000 Baht bestraft werden können, für Sex mit Jugendlichen unter 18 sind 1-3 Jahre Gefängnis und/oder 20-60.000 Baht Strafe vorgesehen. Nach Angaben aus dem Innenministerium gehen pro Monat bis zu 10.000 Mädchen ins Ausland, wo der überwiegende Teil freiwillig oder erzwungen in der Prostitution landet.

vgl. BP 7.4.93

Kurzmeldungen

Der **Relexport** ist im ersten Quartal 1993 um 27,3% im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum **zurückgegangen**. Entsprechend betrug der Einnahmerückgang 26,5% oder ca. 163 Mio. DM. Damit fiel auch der Verkaufspreis für die Reisbauern, die am 13.5. gegen den Preisverfall demonstrierten. (BP 7./21.5.93)

Über **70.000 thailändische Arbeitsmigranten** leben illegal in Japan, teilte ein Sprecher des Parlamentsausschusses für Arbeit und Soziales mit. Lediglich 6.000 arbeiten legal in Japan, davon 5.500 in Ausbildungslehrgängen. (BPW 7.5.93)

170 Fabriken landesweit **müssen** nach einer Anweisung der Industriebehörde innerhalb von 2 Jahren eine **Schmutzwasseraufbereitungsanlage** bauen, um die Umweltverschmutzungsprobleme zu lösen. Die Fabriken sind ferner angewiesen, alle 3 Monate über die Fortschritte bei der Müllbehandlung gegenüber der Behörde Bericht zu erstatten. (BPW 14.5.93)

Nach Aussagen des Premierministers Chuan Leekpai auf einem Investitionsseminar am 7.5. will die Regierung eine **größere Finanzautonomie für die örtlichen Verwaltungen** einführen. Hauptgesichtspunkt dabei ist, daß die lokal gezahlten Steuern auch der Entwicklung der jeweiligen Kommune zugute kommen. (BPW 21.5.93)

Eine Vereinbarung über **Häftlingsaustausch mit Deutschland** hat Thailand abgeschlossen. In deutschen Gefängnissen gibt es nur eine geringe Anzahl von Thais wegen illegalen Aufenthaltes. 27 Deutsche sitzen in thailändischen Gefängnissen ein, meist wegen Drogenbesitzes oder -handels. Nach der Vereinbarung gilt dies für Strafgefangene, die mindestens vier Jahre oder ein Drittel ihrer Gefängnisstrafe verbüßt haben. (BPW 4.6.93)

Neue Wachstumsregionen

Zwei neue Wachstumsregionen sollen zusammen mit Thailands Nachbarländer entwickelt werden: Das sogenannte "Nördliche Wachstumsdreieck" zusammen mit Malaysia und Indonesien im Süden Thailands und Indochina gemeinsam mit Laos, Vietnam und Kambodscha.

Auf einem Treffen des Premierministers Chuan Leekpai mit dem indonesischen Präsidenten Suharto am 17.4. in Jakarta war man sich im Prinzip über die Entwicklung eines solchen, von Malaysia vorgeschlagenen Wachstumsdreiecks einig, welches die südlichen Provinzen Thailands, Malaysias Penang und Indonesiens Provinz Nordsumatra betreffen wird. Eine Durchführbarkeitsstudie, finanziert von der Asiatischen Entwicklungsbank, soll dazu angefertigt werden.

Isan, im Nordosten Thailands, soll nach Angaben des Generalsekretärs des Nationalen Wirtschafts- und Sozialentwicklungsbehörde, Dr. Pisit Phakasem, zum Zentrum

Indochinas werden. Als erstes sollen vor allem Infrastrukturprojekte begonnen werden, um die Transportverbindungen zu verbessern. Fünf Projekte sind vorgesehen: 1. eine Verbindung zwischen der Provinz Mukdaham durch Laos nach Danang in Vietnam; 2. eine Verbindung nach Kambodscha hinein; 3. eine Straße von der Provinz Nakhon Phanom durch Laos nach Vinh in Vietnam; 4. eine weitere Straße von der Provinz Aranyaphat nach Ho-Chi-Minh-Stadt in Vietnam; 5. eine Straße von Kambodschas Chong Meg über Pakse in Laos nach Ho-Chi-Minh-Stadt in Vietnam.

vgl. BPW 7., 21.5.93

Thal-US Manöver Cobra Gold 93

Etwa 10.000 thailändische und 8.500 US-Truppen haben an dem diesjährigen gemeinsamen Manöver **Cobra Gold** vom 3. bis 25. Mai in den zentralen und nördlichen Provinzen Thailands teilgenommen.

Ein Landemanöver von 1.800 Soldaten fand an der Küste, 100 km von der Grenze zu Kambodscha entfernt statt. Ein Zusammenhang zwischen dem Ort dieses Manövers und möglichen Unruhen in Kambodscha anläßlicher der Wahlen wurden von US-Sprechern widersprochen.

Geübt worden ist der schnelle Einsatz von US-Truppen und die Zusammenarbeit dabei mit den Thais. *"Alles kann in der Welt passieren. Wenn es nötig wird, daß unsere beiden Länder zusammenarbeiten, müssen wir es schnell machen können"*, sagte ein thailändischer Militärsprecher. Beteiligt waren US-Truppen aller Waffengattungen aus Japan, Süd Korea, Guam, Hawaii und Fort Lewis.

Diese jährlich durchgeführten Manöver fanden in den letzten beiden Jahren wegen des Militärcoups im Februar 1991 nur auf unterster Ebene statt. An ihnen waren lediglich wenig hundert US-Truppen beteiligt.

vgl. BPW 30.4., 28.5.93